

Bosbach und Schlauch: „Wir waren früher angstfreier. Wir haben einfach gesagt, was wir denken“

Stand: 12:43 Uhr



Rezzo Schlauch (l.) und Wolfgang Bosbach

Quelle: Amin Akhtar/WELT

CDU-Politiker Wolfgang Bosbach, 71, war von 1994 bis 2017 Abgeordneter des Bundestags. Der Rechtsanwalt war mehr als fünf Jahre lang Vorsitzender des Innenausschusses. Im ostdeutschen Landtagswahlkampf wird Bosbach, der dem konservativen Unionsflügel zugerechnet wird, [bei zahlreichen CDU-Veranstaltungen auftreten](#).

Der Grüne Rezzo Schlauch, 76, saß von 1994 bis 2005 für die Grünen im Bundestag, von 1998 bis 2002 als Fraktionsvorsitzender. Vor seinem Rückzug aus der Politik war er Staatssekretär im Wirtschaftsministerium. Seit 2005 ist er wieder als Rechtsanwalt

tätig; unter anderem vertrat er [den damaligen Grünen-Politiker Boris Palmer](#) bei dessen Parteiausschlussverfahren 2021.

WELT: Herr Bosbach, Herr Schlauch, Sie gehören zwar unterschiedlichen Parteien an, aber Sie beide waren Mitglied im Verein für deutliche Sprache...

Bosbach: Er war damals noch deutlicher als ich. Kein Wunder, er war ja in der Opposition.

Schlauch: Ja, da hast du recht. Notwendigerweise.

WELT: Wenn Sie die jüngeren Politiker heute so reden hören – werden Sie dann wach, oder schlafen Sie ein?

Schlauch: Das, was mir am meisten gegen den Strich geht, ist der Mainstream. Das sage ich für alle Farben. Es gibt nur noch ganz wenige, die da herausstechen. Diesen abgeschmirgelten Sound kann ich nur schwer ertragen. Diese Statements, die man auswechseln kann. Du kannst eigentlich voraussagen, was der Sozialdemokrat sagt, was der Grüne, was der FDPler, auch der CDUler. Da gab es früher ein paar dickere Farbtupfer.

Bosbach: Ich glaube, dass wir früher angstfreier waren. Wir haben einfach gesagt, was wir denken, was wir für richtig halten und nicht ständig nach links und rechts geguckt, ob sich da möglicherweise einer dran stoßen könnte. Wir haben nicht sofort geguckt, welche Reaktionen gibt es denn im Netz?

Lesen Sie auch



WELT: Als Sie Ihre Karriere begannen, gab es das Hickhack in den sozialen Medien noch nicht. War Politik einfacher?

Bosbach: Früher war jedenfalls entscheidend, was du gesagt hast; heute ist entscheidender, was man daraus machen kann, was du gesagt hast. Deswegen kann ich sogar verstehen, dass heute viele vorsichtiger sind.

Schlauch: Jeder sendet heute ständig. Und aufgrund dieser veränderten Mediensituation sind natürlich alle auf der Hut. Ich weiß nicht, wie ich als aktiver Politiker heute damit umgehen würde.

Bosbach: Ich rate zu mehr Selbstvertrauen. Jeder Shitstorm geht auch wieder vorüber. Am nächsten Tag wird dann eine neue Sau durchs Dorf getrieben. Man selbst nimmt das sehr viel ernster als andere. Und ich glaube, wir beide gehören auch zu der Kategorie von Politikern, von denen die Leute sagen: Ich würde jetzt nicht jeden Satz unterschreiben, aber ich finde sie als Typ gut. Authentizität wird von den Menschen honoriert, auch wenn sie nicht jede Ansicht teilen.

Schlauch: Wolfgang und ich haben uns ja in den 90er-Jahren im Innenausschuss des Bundestages gegenübergesessen, als ich noch in der Opposition war und er im Regierungslager. Da hat man auch sehr hart gefochten. Aber es war nie unter der Gürtellinie.

Bosbach: Genau. Wir wussten auch, die anderen haben nicht nur

eine Meinung, die haben auch Ahnung. Die haben auch mal gute Argumente.

WELT: Ist es heute schwieriger geworden, in Ruhe Politik zu machen?

Bosbach: Das war schon zu meiner Zeit vorbei. Ich kann mich noch erinnern, als es damals um das Euro-Rettungspaket II für Griechenland ging. Da gab es schon Agenturmeldungen, während ich noch in der Fraktion gesprochen habe. Da muss irgendjemand unter dem Tisch gesimst haben. Wenn du weißt, kein Satz bleibt hinter verschlossenen Türen, dann bist du halt vorsichtiger.



„Was früher anders war: Wenn man einmal einen Kompromiss gefunden hatte, dann galt das auch“

Quelle: Amin Akhtar/WELT

Schlauch: Es müsste da eine Maßnahme geben, für interne Besprechung in der Fraktion: Handyverbot.

WELT: Ein Verbot?

Schlauch: Es würde helfen. Ich halte es auch für ungehörig, wenn man sich auf der Regierungsbank bei laufenden Bundestagsdebatten mit Handys vergnügt. Man muss ja nicht einverstanden sein mit dem, der da vorne am Rednerpult steht. Doch wenn jeder an seinem Smartphone hängt, kann doch keine vernünftige Diskussion rauskommen. Die hören doch einander nicht zu.

Bosbach: Und damit beginnt doch eine Diskussion: Einander zuzuhören!

Schlauch: Genau. Und ich glaube, das ist ein wesentlicher Punkt, warum es schwierig geworden ist mit der Qualität in der Politik.

WELT: Ist Politik heute weniger nachhaltig als früher?

Bosbach: Politik ist kurzatmiger geworden, was ich ihr im Moment aber nicht vorwerfen möchte, weil die Krisen sich ja tatsächlich nicht mehr ablösen, sondern in den letzten Jahren gestapelt haben. Tagtäglich ist man mit völlig neuen Herausforderungen konfrontiert, Prioritäten verschieben sich, manches muss neu sortiert werden, da kann man nicht sagen, das haben wir aber mal anders beschlossen.

Schlauch: Was früher anders war: Wenn man einmal einen Kompromiss gefunden hatte, dann galt das auch. Handschlag, und dann konnte man sich drauf verlassen. Wenn ich mir das heute anschau: Kaum verabredet, wird alles wieder aufgeschnürt.

WELT: Eine Spezialität der Ampel.

Interview



Bosbach: Wir haben aber auch zum ersten Mal die Situation, dass wir auf Bundesebene eine Koalition aus drei Parteien haben. Und die FDP versteht sich ja im Grunde als Opposition. Vieles, was die fordert, ist mir sympathisch, ist aber für die Koalition insgesamt ein Problem. Beispiel [Heizungsgesetz](#): FDP-Minister stimmen mittwochs im Kabinett zu, und drei Tage später beschließen sie auf dem FDP-Bundesparteitag etwas anderes. Dass die beiden anderen Parteien dann sauer sind, ist doch klar.

WELT: Hätte eine unionsgeführte Bundesregierung jetzt besser funktioniert? Hat Schwarz-Grün noch Perspektiven?

Bosbach: Ich kann mir das im Moment nicht vorstellen, weil ich die Befürchtung habe, dass wir inhaltliche Kompromisse machen müssten, mit denen wir dann noch mehr Stammwähler irritieren würden oder auch verlieren würden.

Schlauch: Ich glaube, dass Schwarz-Grün an einigen Punkten besser funktionieren würde, in der Außenpolitik etwa.

Bosbach: Wer hätte das gedacht? Dass Anton Hofreiter jeden Tag nach schweren Waffen für die Ukraine ruft. Das war ein Lernprozess für viele.

Lesen Sie auch



Schlauch: Der fing bei uns vor langer Zeit an. Mit dem Kosovo. Der Bielefelder Parteitag ist mir noch recht gut in Erinnerung, da hat eine Mehrheit klar für den Einsatz gestimmt. Aber es stimmt auch, dass bei uns die Fetzen immer etwas härter geflogen sind. Das finde ich aber auch nicht unbedingt ein Problem.

WELT: Wann funktioniert eine Regierung, wann nicht?

Bosbach: Eine Koalition kommt zustande, wenn die handelnden Personen sich vertrauen. Wenn jeder bereit ist, dem anderen einen politischen Erfolg zu gönnen, sonst brauchst du gar nicht zu verhandeln.

Schlauch: Wenn man sich zu streng an der Programmatik abarbeite, ist man nicht in der Lage, an Konfliktpunkten in einen Kompromiss zu gehen. Wenn ich mir die Situation heute angucke, dann glaube ich, dass das ein Problem ist: dass das Abarbeiten der Programmatik Vorrang hat.

Bosbach: Generell gilt: Bei allem, was man selbst für politisch wichtig hält, sollte man sich fragen, ob die Bürgerinnen und Bürger das auch für wichtig halten. Es gab ja jetzt eine Diskussion über die Subventionierung eines Start-ups für Flugtaxis. Das mag ja ein revolutionäres Konzept sein. Aber wenn ich im Land unterwegs bin, fragen die Leute eher, wann und ob der Bus kommt. Die haben andere Sorgen.

WELT: Das klingt nach einem Beispiel für gestörte Kommunikation zwischen Regierung und Bevölkerung. Was stört Sie noch?

Bosbach: Bei dem Satz „Wir müssen die Menschen mitnehmen“ bekomme ich inzwischen Schnappatmung. Erstens würde ich fragen, ob die Leute überhaupt in die Richtung wollen, in die ich fahre. Ob sie überhaupt einsteigen wollen, oder ob sie vielleicht in eine ganz andere Richtung wollen. Oft geht es nämlich nicht ums Mitnehmen, sondern ums Mitschleifen.

Schlauch: In der Kommunikation zwischen Politik und Gesellschaft hat sich etwas Grundlegendes geändert. Ich habe manchmal den Eindruck, dass viele Politiker heute glauben, wenn sie ihren täglichen Post abgesetzt haben, sei ihr kommunikatives Tagwerk damit erledigt. Das ist ein großer Irrtum.

Nichts ersetzt das direkte Gespräch mit den Bürgerinnen und Bürgern. Das Reiz- und Reaktionsschema bei Facebook, Instagram und X ersetzt doch keinen Dialog. Aber darum geht es. Politiker müssen zuhören, vor allem denen, die nicht einverstanden sind. Wer sich nur in seinen Echokammern aufhält, der wird bei Wahlen sein blaues Wunder erleben.



„Olaf Scholz erweckt leider oft den Eindruck, er wüsste alles besser. Aber warum er etwas besser weiß, behält er dann für sich“

Quelle: Amin Akhtar/WELT

WELT: Können gewählte Politiker überhaupt über die Legislaturperiode hinaus planen?

Bosbach: Ich weiß, dass der Politik immer wieder der Vorwurf gemacht wird: Ihr denkt ja nur in Wahlperioden. Auch ich wollte immer wiedergewählt werden. Wenn man in den Wahlkampf geht, dann möchte man auch Zustimmung haben. Aber wir sind natürlich in erster Linie dem Land verpflichtet. Wir dürfen heute nicht auf Kosten künftiger Generationen leben.

Schlauch: Dieser Verpflichtung kommen unsere politischen Konkurrenten aber nicht nach. Und das haut den Grünen ins Kontor. Die anderen Parteien konzentrieren ihre Energie darauf, den Status quo zu verteidigen. Was vor uns liegt, wird ausgeblendet. Es ist doch ein Armutszeugnis, dass sowohl das Bundesverfassungsgericht wie

der Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg der Politik ins Stammbuch schreiben muss, Klimaschutzmaßnahmen anzugehen.

Von vielen Bürgerinnen und Bürgern wird das als massiver Eingriff in ihre Freiheitsrechte angesehen. Und viele Parteien befeuern das auch noch. Damit werden diese Zukunftsfragen politisch ausgeblendet. Das wird sich bitter rächen, befürchte ich.

Bosbach: Die Kurzsichtigkeit gilt leider auch bei den sozialen Sicherungssystemen angesichts des demografischen Wandels. Die Hälfte der Krankenhäuser in Deutschland schreiben rote Zahlen, wir haben jetzt schon Personalmangel bei der Pflege. Wir werden aber immer mehr zu pflegende Personen haben. Wie finanzieren wir das? Zwischen 2026 bis 2040 gehen 14 Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Rente, bei immer noch leicht steigender Lebenserwartung. Das ist ja sehr positiv. Aber es wird auch mehr kosten.

Lesen Sie auch



Schlauch: Da darf ich daran erinnern, dass die Grünen schon vor 25 Jahren gefragt haben, wie [die Rente](#) nachhaltig gesichert werden kann. Doch es wird noch immer mit Beruhigungspflastern gearbeitet, die vielleicht noch ein paar Jahre halten, aber dann voraussehbar nicht mehr halten.

Bosbach: Das macht mir auch Sorgen. Welche Erwartungshaltung

haben die Menschen bei der Rente? Es geht doch nicht um Existenzsicherung, sondern darum, dass der erworbene Lebensstandard, den sie über Jahrzehnte erarbeitet haben, gehalten werden kann. Die Frage ist doch, ob der Staat dieses Versprechen noch erfüllen kann.

Schlauch: Das ist das Problem. Die Politik ist nicht mehr in der Lage, unvermeidliche Zumutungen zu thematisieren, beim Klimaschutz, bei der Rente oder wo immer auch. Der Kanzler sagt immer: „You’ll never walk alone.“ Das ist es ein schöner Satz im Fußballstadion, aber in der Politik? Da habe ich meine Zweifel.

Spätestens seit dem Einmarsch von Putin in die Ukraine wäre ich mit solchen Versprechen vorsichtig. Politik muss die Herausforderungen so gut wie möglich managen und lösen, aber angesichts der geopolitischen Krisen zu versprechen: Keine Sorge, alles bleibt so, wie es ist? Das finde ich abenteuerlich.

Bosbach: Ich kann sogar verstehen, dass der Bundeskanzler die Leute beruhigen möchte. Früher hatten wir einen Schuldenberg, heute heißt das Sondervermögen. Früher gab es Rezession, heute haben wir Minuswachstum. Und Sparhaushalt bedeutet heute: Wir geben alles Geld aus, was wir einnehmen, wir nehmen so viele Kredite auf, wie uns die Gerichte gestatten. Mehr dürfen wir nicht, also sparen wir.

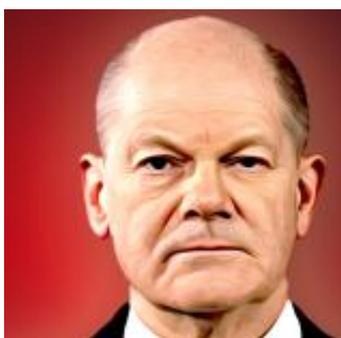
Schlauch: Wo kein Kläger, da kein Richter.

Bosbach: Wir sollten die Leute nicht unterschätzen. Die Bürger haben ein untrügliches Gefühl dafür, was geht und was nicht geht. Die Menschen kennen vielleicht nicht jedes Detail. Wir Politiker aber auch nicht. Aber die Leute merken, ob es in die richtige oder die falsche Richtung läuft.

WELT: Beim Kanzler weiß man manchmal nicht, in welche Richtung er seine Regierung führt.

Bosbach: Olaf Scholz erweckt leider oft den Eindruck, er wüsste alles besser. Aber warum er etwas besser weiß, behält er dann für sich. Nach dem Motto: „Ich weiß etwas, was ihr nicht wisst, aber ihr könnt volles Vertrauen haben.“ Das funktioniert natürlich nicht.

Lesen Sie auch



Schlauch: Bei der Diskussion um den Taurus war das leider so. Da hat er noch dem CDU-Außenpolitiker Norbert Röttgen sinngemäß zugerufen: Du weißt doch, warum ich zögere. Mehr Geheimwissenschaft geht nicht. Ich weiß auch nicht, was das sollte.

WELT: Die Popularität der Regierung insgesamt ist auf einem historischen Tiefstwert. Ukraine-Krieg, Krieg in Gaza, Probleme bei den Staatsfinanzen, unsichere außenpolitische Aussichten auch bei den Präsidentschaftswahlen in den USA: Sollte sich die CDU/CSU überhaupt wünschen, jetzt zu regieren?

Bosbach: Die Opposition ist ihr Geld nicht wert, wenn sie nicht sagt, wir stehen bereit, unabhängig vom Wahltermin. Aber ich glaube nicht, dass die Ampel [vorzeitig scheitert](#). Die Angst vor dem Absturz bei Neuwahlen ist derzeit doch riesengroß.



Quelle: Amin Akhtar/WELT

WELT: Nehmen wir mal an, die Union gewinnt die nächste [Bundestagswahl](#). Was wäre die erste Maßnahme? Die Schuldenbremse reformieren?

Bosbach: Das glaube ich nicht. Aber ich ahne, was sie machen wird. Sie wird sagen, wir haben einen Kassensturz gemacht und die Ampel hat uns einen so desaströsen Haushalt hinterlassen, dass wir leider unpopuläre Entscheidungen treffen müssen.

WELT: Herr Schlauch, hält die Ampel durch bis zum nächsten Jahr?

Schlauch: Sie wird durchhalten. Aber die Ampel hat strukturelle Schwierigkeiten, weil sie eine Oppositionspartei in der Koalition hat. Bundeskanzlerin Angela Merkel soll einmal gewarnt haben: Mit einer Partei, die ständig [mit der Fünf-Prozent-Hürde kämpft](#), kann man eigentlich nicht koalieren.

Dieser Artikel ist im Rahmen der [BETTER FUTURE EARTH WEEK](#) von WELT erschienen.

[Unser Angebot für Sie zur BETTER FUTURE EARTH WEEK](#)

Lesen Sie alle Artikel zu Nachhaltigkeit und Klimaschutz. Testen Sie die komplette WELT – gedruckt und digital – [4 Wochen lang für nur 4 Euro!](#)

Nutzen Sie Ihre Gewinnchance: Unter allen Bestellern verlosen wir ein eBike im Wert von 2.499,00 €.

[JETZT BESTELLEN!](#)